

A n t r a g
(Alternativantrag)

der Fraktionen DIE LINKE und der SPD

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 4/4473 - Neufassung -

Aufnahme sozialer und ökologischer Kriterien im öffentlichen Beschaffungswesen Thüringens

1. Die Landesregierung wird um Bericht gebeten, inwiefern sich die Instrumente des öffentlichen Beschaffungswesens des Landes dazu eignen, Produkte zu erkennen, die aus ausbeuterischer Kinderarbeit resultieren bzw. nicht umweltgerecht erzeugt sind.
2. Der Landtag verpflichtet sich selbst und bittet die Landesregierung, vor dem Hintergrund der anstehenden Novellierung des Vergaberechts durch den Bund, mit der soziale sowie produkt- und produktionsbezogene Umweltkriterien (z. B. Green IT) eingeführt werden sollen, im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen aus dem eigenen Geschäftsbereich Produkte zu berücksichtigen, die nachweislich umweltschonend sind und bei deren Herstellung ökologische und soziale Anforderungen erfüllt werden bzw. deren Hersteller oder Verkäufer zielführende Maßnahmen zur Einführung derartiger Produktionsformen eingeleitet haben; es sollen folgende Kriterien gelten:
 - lokale bzw. regionale Produkte sind bei vergleichbaren Eigenschaften zu bevorzugen;
 - als umweltschonend sollen Produkte angesehen werden, die die Anforderungen für das nationale oder europäische Umweltzeichen (Blauer Engel, Europäische Blume) erfüllen;
 - hinsichtlich der Herstellungsverfahren gelten die sozialen Anforderungen bei einer Kennzeichnung mit dem Fair-Trade-Kennzeichen bzw. dem Kennzeichen zur Einhaltung der ILO-Konvention 182 zur Vermeidung ausbeuterischer Kinderarbeit als erfüllt;
 - die ökologischen Anforderungen gelten beim Nachweis eines europäischen Umweltmanagementsystems EMAS als erfüllt.
3. Die Landesregierung wird gebeten,
 - auf öffentliche Einrichtungen, staatliche Unternehmen sowie Kommunen einzuwirken, nach derselben Maßgabe zu verfahren;
 - die ihr gebotenen Möglichkeiten zu nutzen, um die Wirtschaft sowie die Verbraucher für ein entsprechendes Kaufverhalten zu sensibilisieren;
 - Initiativen zu entwickeln sowie Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, um die Aufmerksamkeit der Allgemeinheit im Hinblick auf den Han-

- del mit als umweltgerecht gekennzeichneten sowie ökologisch hergestellten und fair gehandelten Produkten zu schärfen;
- diese Thematik in die Nachhaltigkeitsstrategie für Thüringen zu integrieren und zu dokumentieren.

Begründung:

Der Ausschuss für Naturschutz und Umwelt hat am 28. September 2007 in Umsetzung des fraktionsübergreifenden Landtagsbeschlusses "Global Marshall Plan Initiative in Thüringen" vom 26. Januar 2007 (Drucksache 4/2658) eine öffentliche Anhörung durchgeführt, in der soziale und ökologische Kriterien im öffentlichen Beschaffungswesen eingefordert wurden, was einen Beitrag zum Erreichen der Millenniumsziele darstellt.

Dadurch könnten öffentliche und staatliche Institutionen dazu beitragen, dass keine Produkte aus Entwicklungs- und Schwellenländern eingekauft werden, die nachweislich aus ausbeuterischer Kinderarbeit resultieren oder unter umweltschädigenden Bedingungen hergestellt wurden.

Die Nutzung regionaler bzw. lokaler Produkte dient durch minimierten Transportaufwand der Ökologie.

Nachdem bereits mehrere Bundesländer und eine Vielzahl von Kommunen in Deutschland ähnliche Beschlüsse gefasst haben, sollte sich auch Thüringen in die Reihe derjenigen einreihen, die mit einer Vorbildwirkung der öffentlichen Hand einen Beitrag zur Verbesserung der sozialen und ökologischen Produktionsbedingungen in Entwicklungs- und Schwellenländern leisten möchten.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Hausold

Höhn